Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8954**
17. Wahlperiode 08. 03. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heinz Paula, Dr. Wilhelm Priesmeier, Willi Brase, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/7186 –

Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken

A. Problem

Nach Angabe der Fraktion der SPD wächst sowohl in Deutschland und Europa als auch weltweit die Nachfrage nach ökologisch hergestellten Produkten aus der Landwirtschaft. Die ökologische Landwirtschaft leistet nach Darstellung der Fraktion der SPD einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Artenschutz und trägt ihrer Ansicht nach in besonderem Maß zur Erhaltung der Boden- und Wasserqualität bei. Vor diesem Hintergrund sind für die Fraktion der SPD die Rahmenbedingungen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene so zu verbessern, dass die Potenziale des Ökolandbaus und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft weiter ausgebaut und die gesellschaftlichen Leistungen der Biolandwirte verlässlich honoriert werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/7186 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene in den Verhandlungen zur Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 die ökologische Landwirtschaft als integraler Bestandteil der europäischen Kulturlandschaften gefördert wird und die gesellschaftlichen Leistungen des ökologischen Landbaus im Zuge des angedachten „Greenings" der ersten Säule der GAP ausreichend und dauerhaft gefördert werden, die Öffnung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau für andere landwirtschaftliche Produktionsverfahren ohne finanzielle Kürzungen rückgängig zu machen sowie zu ermöglichen, dass der ökologische Landbau an Fördermaßnahmen der zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik teilnehmen kann.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/7186.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/7186 abzulehnen.

Berlin, den 29. Februar 2012

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Hans-Georg von der Marwitz
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Heinz Paula
Berichterstatter

Alexander Süßmair
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Hans-Georg von der Marwitz, Heinz Paula, Dr. Christel Happach-Kasan, Alexander Süßmair und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7186** in seiner 155. Sitzung am 26. Januar 2012 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Angabe der Fraktion der SPD wächst sowohl in Deutschland und Europa als auch weltweit die Nachfrage nach ökologisch hergestellten Produkten aus der Landwirtschaft. So stieg in Deutschland im Jahr 2009 laut den Antragstellern unter anderem die Anzahl der ökologisch bewirtschafteten Betriebe auf über 21 000 und damit um 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die ökologische Landwirtschaft leistet nach Darstellung der Fraktion der SPD einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Artenschutz und trägt ihrer Ansicht nach in besonderem Maß zur Erhaltung der Boden- und Wasserqualität bei. Die ökologische Lebensmittelwirtschaft und der Ökolandbau in Deutschland hatten in den letzten Jahren laut den Antragstellern deutlich positive Impulse auf dem Arbeitsmarkt. Mittlerweile sind nach Angaben der Fraktion der SPD in der deutschen Biobranche rund 180 000 Menschen vor allem in den ländlichen Regionen beschäftigt. Vor diesem Hintergrund sind für die Fraktion der SPD die Rahmenbedingungen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene so zu verbessern, dass die Potenziale des Ökolandbaus und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft weiter ausgebaut und die gesellschaftlichen Leistungen der Biolandwirte verlässlich honoriert werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/7186 soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. sich dafür einzusetzen, dass in den Verhandlungen zur Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 die ökologische Landwirtschaft als integraler Bestandteil der europäischen Kulturlandschaften gefördert wird und die gesellschaftlichen Leistungen des ökologischen Landbaus im Zuge des angedachten „Greenings“ der ersten Säule ausreichend und dauerhaft gefördert werden,
2. darüber hinaus zu ermöglichen, dass der ökologische Landbau an Fördermaßnahmen der zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik teilnehmen kann,
3. den Weltagrarbericht von 2008 zu unterzeichnen,
4. die Öffnung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau für andere landwirtschaftliche Produktionsverfahren ohne finanzielle Kürzungen rückgängig zu machen,
5. im Rahmen der Agrarumweltprogramme die verlässliche Finanzierung der Extensivierungs-, Umstellungs- und Beibehaltungsprämien zu gewährleisten,
6. Wissenschaft, Forschung und Beratung insbesondere darauf auszurichten, die Effizienz der ressourcenschonenden ökologischen Anbausysteme zu erhöhen,
7. die Forschung für die über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehende artgerechte Tierhaltung in den bundeseigenen Forschungseinrichtungen zu verstärken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 83. Sitzung am 29. Februar 2012 den Antrag auf Drucksache 17/7186 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenhaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 65. Sitzung am 29. Februar 2012 den Antrag auf Drucksache 17/7186 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/7186 in seiner 63. Sitzung am 29. Februar 2012 abschließend beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies bezüglich des Antrages der Fraktion der SPD auf ihre ausführliche Positionierung im Plenum des Deutschen Bundestages am 26. Januar 2012. Sie stimme dem Antrag der Fraktion der SPD nicht zu, weil dessen Inhalte für sie nicht mehrheitsfähig seien.

Die **Fraktion der SPD** betonte, der deutsche Markt für ökologisch hergestellte Produkte aus der Landwirtschaft habe enorme Zuwächse zu verzeichnen, doch die im Inland ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen reichten zur Bewältigung dieser Nachfrage bei weitem nicht aus. Es sei ein Fehler der Bundesregierung gewesen, das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) für den konventionellen Landbau geöffnet zu haben. Die Bundesregierung müsse diese Fehlentscheidung korrigieren. Auch hinsichtlich der gegenwärtigen Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 solle sie sich dafür einsetzen, dass die Förderung der ökologischen Landwirtschaft stärkere Berücksichtigung finde.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, die ökologische Landwirtschaft bediene ein wichtiges Marktsegment. Sie erziele für ihre Produkte bei den Kunden auch deswegen höhere Preise,

da sie vielfach für den regionalen Markt produziere. Der Kunde sei unabhängig von der Art der Erzeugung bereit, für regionale Produkte mehr zu bezahlen. Die Forderungen nach höherer Förderung für den Ökolandbau griffen nicht, weil ökologisch hergestellte Produkte bereits jetzt über den Markt höhere Preise erwirtschafteten. Die Kritik an den Umstellungsförderungen sei an die Länder als Verantwortliche zu richten. Der Antrag der Fraktion der SPD werde auch hinsichtlich der Frage nach der Versorgung des steigenden Lebensmittelbedarfs in der Welt abgelehnt. Die Fraktion der FDP bezweifele, dass der Ökolandbau diesen großen Bedarf ausreichend decken könne.

Die **Fraktion Die LINKE.** äußerte, grundsätzlich stimme sie dem Anliegen des Antrages der Fraktion der SPD zu. Da jedoch wichtige zentrale Fragen hinsichtlich der ökologischen Landwirtschaft nicht oder nur unzureichend behandelt würden, werde sich die Fraktion DIE LINKE. der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie unterstütze den Antrag, auch wenn er angesichts der Problemlage nicht weit genug gehe und klare Ausbauziele für den ökologischen Landbau fehlten. Die erhebliche Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage sei nicht mehr zu übersehen. Das Wachstum der Betriebe und der bewirtschaften Flächen im ökologischen Landbau könne mit dem Marktwachstum nicht mehr Schritt halten. Dies liege vor allem an der Verschlechterung der Umstellungsförderung für Landwirte, die von konventioneller zu ökologischer Landwirtschaft wechseln wollten. Dadurch gingen wichtige Marktanteile für die heimischen Landwirte verloren. Auch die Forderungen des Antrages hinsichtlich der Verhandlungen zur GAP nach 2013 seien zu unbestimmt. So müssten die Direktzahlungen zu 100 Prozent an die Erbringung von sogenannten Greeningleistungen gekoppelt werden.

Berlin, den 29. Februar 2012

Hans-Georg von der Marwitz
Berichterstatter

Heinz Paula
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Alexander Süßmair
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333